

Wirtschaftliche Vernunft
muss sich mit
gesellschaftlichem
Ausgleich verbinden

Globale Herausforderungen für die Soziale Marktwirtschaft

Franz Schoser

Alle Welt redet von Globalisierung. Man fragt sich: Ist das ganz neu? Blickt man zurück, dann stellt man fest: Schon vor dem Ersten Weltkrieg war die damals bekannte Welt global. Die Großelterngeneration hat gern von den damals goldenen Jahren gesprochen.

Die darauffolgenden Jahrzehnte haben die Situation erheblich verschlechtert, ausgelöst durch den Ersten Weltkrieg, die Depression der 1920er- und 1930er-Jahre, durch das Dritte Reich. Und erst nach 1948 kam es allmählich zu einer schrittweisen Öffnung Westdeutschlands in die weite Welt. Nicht zu vergessen: Ostdeutschland – das heißt die DDR – blieb bis 1989 zugemauert. Das galt auch für den Ostblock, der bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes nach 1990 verschlossen war.

Auf diesem historischen Hintergrund war der Weg zu einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Westen Deutschlands eine totale Wende und ein gewagtes Experiment.

Nun wird heute oft behauptet, die Soziale Marktwirtschaft laufe Gefahr, in dieser globalen Welt nicht bestehen zu können. Dabei wird unterstellt, dass diese für Deutschland in der Nachkriegszeit so erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sich erstmals zu bewähren habe. Es wird aber übersehen, dass die Entstehung und Durchsetzung dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland nur nach harten ideologischen Auseinandersetzungen erreicht worden ist. Sollte man

damals den Weg des Dirigismus oder der Freiheit gehen? Das war die fundamentale Frage.

Gegen Dirigismus

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft wandten sich gegen Planwirtschaft und Dirigismus. Dadurch war das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus geprägt. Sie wandten sich auch gegen interventionistische Eingriffe des Staates wie während der Weimarer Republik. Sie verfolgten ähnliche Absichten wie Adam Smith, der Ende des achtzehnten Jahrhunderts gegen den vorherrschenden Merkantilismus anging. Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow haben schon während der Zeit des Nationalsozialismus ihre Ideen entwickelt und konzipiert, 1940 – also mitten im Zweiten Weltkrieg – erschienen Euckens Grundlagen der Nationalökonomie. Sie konnten nicht ahnen, was nach Kriegsende geschehen würde, aber sie wollten eine neue Ära der Freiheit vorbereiten. Diese Begründer der Sozialen Marktwirtschaft waren nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Publizisten und – wie man heute sagen würde – Politikberater. Man fragt sich, wo heute solche Persönlichkeiten sind!

Als nach 1945 die Besatzungsmächte das Regime übernahmen, ging es vorwiegend um die Behebung der Mangelwirtschaft und den Wiederaufbau aus den Trümmern des Krieges. Fast vergessen ist, dass die Alliierten in den Westzonen keineswegs an eine freiheitliche Wirtschafts-

ordnung dachten, sondern Regulierung und Dirigismus ihr Weg war. Die Montanunion ist dafür bezeichnend, denn sie verplante den Markt für Kohle und Stahl zwar übernational, aber perfekt durchorganisiert – allerdings waren dafür hauptsächlich politische Ziele maßgeblich, weil diese beiden wichtigen Rohstoffe „vergemeinschaftet“ werden sollten, um damit dem Nachkriegsdeutschland enge Zügel anzulegen.

Umso erstaunlicher ist es, dass die Alliierten in den westlichen Besatzungszonen – von der Bi-Zone zur Tri-Zone – den deutschen Politikern den Freiraum gaben und es dann gelungen ist, die Kontroverse zwischen Sozialismus und Kapitalismus zugunsten einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu entscheiden. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Gewerkschaftsideologen Viktor Agartz und dem SPD-Vorkämpfer Heinrich Deist auf der einen Seite, Ludwig Erhard und seinen Anhängern, vor allem auch Müller-Armack, auf der anderen Seite – dieses Ringen war sehr hart. Denn in der damaligen Notlage sprach vieles dafür, den Staat alles regeln zu lassen, anstatt das Risiko der Freiheit einzugehen. Niemand hatte praktische Erfahrungen mit einem freiheitlichen System – aber es war vor allem der Glaube an die Freiheit, den Wettbewerb und die Verantwortung von Politik und Bürgern, der diesen Weg öffnete. Heute stellen wir fest, dass all jene Bereiche, die damals nicht in den Wettbewerb überführt wurden, ihre strukturellen Probleme nicht bewältigt haben. An erster Stelle steht dabei die Agrarwirtschaft.

Als die SPD in ihrem Godesberger Programm 1959 von der sozialistischen Arbeiterpartei zu einer Volkspartei mutierte, bekannte sie sich zur Marktwirtschaft. Damit waren die langjährigen innenpolitischen Grabenkämpfe – zumindest nach außen – überwunden. Es ist zu hoffen, dass die SPD bei ihrer derzeiti-

gen Neuorientierung nicht wieder hinter die Erkenntnisse von Godesberg zurückgeht!

Bewährung auf europäischer Ebene

Das System der Sozialen Marktwirtschaft hat sich noch ein weiteres Mal bewährt, nämlich auf dem Weg der Bundesrepublik Deutschland in die europäische Integration. Ziel dieser West-Integration war es unter anderem, die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten schrittweise anzunähern. Es ist Deutschland dabei gelungen, auf verschiedenen Politikfeldern, vor allem bei den Römischen Verträgen, Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung einzubringen. Das gilt für die Bereiche Handelspolitik (mit dem Ziel Binnenmarkt), für Struktur- und Budgetpolitik oder die Beihilfepolitik (wie im Fall Opel) und nicht zuletzt die Finanz- und Währungspolitik, die am längsten brauchte, bis eine gemeinsame Währung möglich wurde. Dieser – wenn man so will – zweite Schritt der freiheitlichen Wirtschaftsordnung unseres Landes war eine weitere Bewährungsprobe, und das mit europäischen Partnern unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Konzepte (etwa dem Ziel Planifikation in Frankreich).

Trotzdem hat diese zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft für unser Land eine ganze Reihe von marktwirtschaftlichen Prozessen eingeleitet wie etwa die Öffnung der Grenzen durch Befreiung von Kontingenten und Zöllen, durch Regelungen für die nationalen Beihilfen, durch Subventionskontrolle, durch Liberalisierung staatlich regulierter Märkte wie in der Telekommunikation, im Verkehr, bei Dienstleistungen. Ohne die europäische Integration wäre die Liberalisierung in diesen sensiblen Bereichen innenpolitisch nur schwer erreicht worden.

Aber der Prozess der Integration ist keineswegs beendet. Denn zum einen gibt es immer wieder Versuche von interessierten Seiten, auch aus der Wirtschaft,

regulierende Maßnahmen zu initiieren nach dem Motto: Was national nicht erreicht wird, könnte ja via Europa gehen – zum anderen ist die Vertiefung der EU noch keineswegs vollendet. In diesem Zusammenhang sollte nicht übersehen werden, dass alle Beitrittsländer, zuletzt aus Ost- und Südosteuropa, ohne diesen Prozess der Integration in die EU, den sogenannten *Acquis communautaire*, nicht den Weg in ihre neue Freiheit und zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung gefunden hätten. Bei aller Kritik, die an der Brüsseler Bürokratie oft zu Recht geübt wird, dürfen diese Erfolge für Europa im Prozess der Demokratisierung und Globalisierung nicht hoch genug bewertet werden.

In diesem Kontext muss man sich mit der häufig benutzten These auseinandersetzen, die Soziale Marktwirtschaft sei kein Exportartikel. Dabei wird das in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte System quasi als ein Produkt verstanden, das man ohne Weiteres auf andere Länder übertragen kann, ihnen gewissermaßen überstülpen könne. Man muss zugeben, in der ehemaligen DDR ist das so geschehen – mit gutem Erfolg!

Grundlegende Prinzipien weltweit

Damit ist aber eine Kernfrage der Sozialen Marktwirtschaft angesprochen: Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft haben kein fertiges Produkt hergestellt, sondern die Soziale Marktwirtschaft ist ein Konzept, ein Programm für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, das auf grundlegenden Prinzipien basiert, nämlich Freiheit, Wettbewerb, Privateigentum, Haftung und Verantwortung. Diese Prinzipien oder Grundregeln werden auf die jeweilige wirtschafts- und gesellschaftliche Situation angewandt, also auch auf die globalisierte Welt.

Das ist die Brücke zur Herausforderung, die heute aus der Globalisierung und aus der Finanzkrise kommt.

Globalisierung in diesem Zusammenhang heißt, dass weltweit die mehr oder weniger geschlossenen Volkswirtschaften nicht mehr die Basis des Wirtschaftens sind. Die weltweite Arbeitsteilung muss fortschreiten, um vor allem den Schwellen- und Entwicklungsländern die Teilhabe am Fortschritt und Wohlstand zu ermöglichen. Aber diesen Prozess kann man nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte nicht sich selbst überlassen. Bei weltweit geöffneten Märkten ist für die Wettbewerbspolitik eine andere Dimension erforderlich, weil die Ausgangsbedingungen der „Welt-Konkurrenten“ ganz unterschiedlich sind. Solange es keine Weltregierung gibt – und diese ist sicher eine Illusion –, müssen Wege gefunden werden, die Konkurrenz im weltweiten Rahmen entweder sich selbst zu überlassen (was allein schon wegen des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der Länder unrealistisch ist) oder Bedingungen und Regeln für den Wettbewerb zu entwickeln. Solche Lösungen müssen ansetzen bei den bisherigen Strukturen wie in der Handelspolitik (siehe General Agreement on Tariffs and Trade [GATT] – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), beim Arbeitsmarkt (siehe International Labour Organization [ILO] – Internationale Arbeitsorganisation), bei der Geld- und Währungspolitik (siehe International Monetary Fund [IMF] – Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich [BIZ]) oder auf anderen Gebieten wie Umwelt (siehe Kyoto-Protokoll).

Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Wirksamkeit dieser Instrumente ist bisher unbefriedigend. Sie leiden unter den recht unterschiedlichen Interessen und damit unter den Schwierigkeiten, gemeinsame Lösungen zu finden, wie zum Beispiel die GATT-Runden deutlich zeigen (Mitgliedschaft China).

Nun hat die Finanz- und Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr die Diskussion um eine neue Weltwirtschaftsordnung kräftig angeheizt. Die Frage, ob die bisherige Ordnung versagt hat und ob eine marktwirtschaftliche Ordnung in der Lage ist, die Malaise zu beheben, steht im Mittelpunkt vieler Debatten in Politik und Öffentlichkeit.

Der zunehmende Einfluss, den die angloamerikanische Welt seit den 1990er-Jahren auf das weltweite Wirtschaftsgeschehen genommen hat, wird einerseits beklagt, aber andererseits als unabwendbar hingestellt – nach der Devise, wir können uns nicht gegen den Rest der Welt abschotten, sondern müssen einen gemeinsamen Weg suchen und finden.

Die Ursachen der Finanzkrise lagen eindeutig in den USA. Das Motto: Jedem sein Häuschen für billiges Geld, auch wenn der Erwerber dafür nicht genug Einkommen hat, wurde als soziale Tat gepriesen, und die Folgen haben wir erlebt.

Dazu kamen Finanzierungsmethoden, die völlig unübersichtlich und mit unkalkulierbaren Risiken behaftet waren. Dabei hat die staatliche Kontrolle versagt – nicht nur in den USA, sondern fast in allen Ländern. Die daraus folgenden Wirkungen auf die globale Welt erleben wir jetzt und in Zukunft.

Konkurrierende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen

Es geht aber nicht nur um diese technisch-organisatorischen Fragen. Durch die Transparenz der modernen Medien werden dahinterliegende Unterschiede in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und unterschiedliche Kulturen offenbar und sichtbar, und diese stehen in einer internationalen Konkurrenz. Ob wir es wollen oder nicht, uns wird weltweit eine Systemdebatte aufgedrängt.

Der stärkere Einfluss der angelsächsischen und amerikanischen Lebens- und Wirtschaftsweisen in Kontinentaleuropa

wird teilweise als ansteckender Mentalitätswandel mit all seinen Übertreibungen gewertet. Ein Schweizer Bankier – nicht Herr Ackermann – hat diesen Einfluss kürzlich als Amerikanisierung Europas charakterisiert und an einigen kulturellen Unterschieden markiert:

In Kontinentaleuropa ist Tradition, mittel- und langfristige Orientierung üblich – besonders im Mittelstand –, in den USA herrscht kurzfristiges Denken und Streben vor (siehe *quarterly report*), alle Vierteljahre ein Erfolgserlebnis mit entsprechenden Vergütungen. Auffällig sind auch die Unterschiede der Bewertung in den Bilanzen.

Jenseits der Ozeane sind Konkurrenz, Streben nach Macht, Fortschritt, der materielle Erfolg wie *shareholder value* und der Hang zum Konsum dominant. Hier aber sind Kooperation, Konsens, Streben nach sozialem Ausgleich, nach sozialer Gerechtigkeit die Leitbilder.

Europäer sind oft von Zweifeln, von Skepsis bestimmt, in Amerika ist man *per se* optimistisch.

Bei den Managergehältern hat die Amerikanisierung Einzug gehalten, seit eine große deutsche Firma sich in den USA und Japan eingekauft und sich den dortigen Usancen angeschlossen hat.

Ein aktuelles Beispiel ist die Diskussion um die Krankenversicherung in den USA, die den Unterschied an sozialem Verständnis eklatant zeigt. Die traditionell höheren Einkommensunterschiede in den USA ergänzen dieses Bild.

Diese Vergleiche sind sicher ein bisschen schwarz-weiß gemalt. Aber es überrascht dann auch nicht, dass die Disziplinierung im Finanzbereich nach der Krise jenseits des Ärmelkanals und jenseits des Ozeans nicht so straff und konsequent verfolgt wird wie hierzulande. Dahinter stehen auch nationale Interessen, weil zum Beispiel in Großbritannien der Finanzbereich fünfzehn Prozent des Brutto-sozialproduktes leistet – so viel übrigens

auch in den Niederlanden –, in Deutschland sind es nur fünf Prozent.

Aber man reibt sich schon die Augen, wenn man liest, dass sich vor wenigen Tagen die anglikanische Kirche zusammen mit Wohltätigkeitsinstitutionen massiv gegen die Regulierung von Hedgefonds in Großbritannien gewendet hat. Ihre Begründung: „Die Maximierung der Erträge auf unsere Investments gehört zu unserer Mission, der Gesellschaft zu helfen.“ Man kann sich nur wundern.

Die Europäer müssen ihr Augenmerk darauf richten, dass außerhalb Europas neue Kulturen entstehen, die Anspruch auf Weltgeltung erheben. Sie sind „new-comer“ in der Weltwirtschaft und erst recht in der Politik für die Weltwirtschaft. Zur Einbeziehung dieser Neuen ist G20 erfunden worden. Man muss sich ansehen, wer dazugehört. Das sind die sogenannten BRIC-Staaten, nämlich Brasilien, Russland, Indien – manche gebrauchen das I auch für Indonesien, was auch dazugehört – und China. Aber auch Südkorea, Australien, Südafrika, Saudi-Arabien, Argentinien und die Türkei wirken mit. Sie alle haben einen steigenden Einfluss auf die Weltwirtschaft, einmal durch die Größe ihrer wachsenden Bevölkerung, andererseits durch ihre Rohstoffe oder auch durch ihr Finanzpotenzial. China erwirtschaftet zum Beispiel riesige Exportüberschüsse und finanziert damit das amerikanische Leistungsbilanzdefizit. Afrika betreibt konsequente Rohstoff- und Energiesicherung. Diese Staaten, die wir (noch) als „Dritte Welt“ bezeichnen, werden zunehmenden Einfluss auf die Weltwirtschaftspolitik nehmen. Sie haben unterschiedliche, oft divergierende Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialsysteme, resultierend aus verschiedenartigen kulturellen, ideologischen und religiösen Hintergründen. Trotz der Vielfalt der Systeme und Ideologien muss ein gemeinsamer Weg zur

Lösung der Folgen der weltweiten Krise gefunden werden.

Spielregeln für die Finanzmärkte

Auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh wurde beschlossen, wichtige Bausteine für eine neue Finanzarchitektur zu schaffen. Wenn auch viel über die Begrenzung der Managergehälter geschrieben wird, so sind doch globalisierte Spielregeln für die Finanzmärkte entscheidender, damit die Banken zu höherem Eigenkapital und ausreichender Liquidität verpflichtet werden und damit riskante Finanzmanipulationen durch eine stringendere Aufsicht vermieden werden. Dass die Schwellenländer am IMF beteiligt werden und auch mehr internationale Kontrollfunktionen haben sollen, gehört dazu.

Wenn dabei an die Exportüberschussländer wie Deutschland die Forderung gestellt wird, die Einkommen zu erhöhen, sprich Lohnerhöhungen vorzunehmen, um den Export zu drosseln, dann zeigt allein die Diskussion darüber, dass die nationale Politik auch aus der weltweiten Szene unter Druck geraten kann. Es kommt zum Vorschein, dass die neuen Spieler in der Weltszene fast alle aus einer merkantilistischen Denkweise kommen. Andererseits ist eine globale Ordnungspolitik notwendig, denn nur damit besteht die Chance, sich gegen Finanzkrisen in einer globalen Welt zu sichern. Da es keine Weltregierung gibt – und wohl auch nicht in Kürze geben wird –, plädiert die Bundeskanzlerin für Leitlinien oder eine internationale Charta. Welche Wertvorstellungen in einem multipolaren Staatensystem das einundzwanzigste Jahrhundert dominieren, ist allerdings offen.

Wegweisung durch Enzyklika

Die neueste Enzyklika von Papst Benedikt ist dafür eine wichtige Wegweisung, mit der eine weltweite Wirkung erreicht werden kann. Die Rolle des Staates, aber

auch der bürgerlichen Organisationen und Verbände wird als wirksames Gegenmittel zu jeder Form eines bevormundenden Sozialsystems herausgestellt.

Da die Verwundbarkeit der nationalen Volkswirtschaften durch globale Entwicklungen und vor allem durch die Finanzkrise offenbar geworden ist, steht die Durchsetzung einer neuen Ordnungspolitik im Vordergrund. „Neues Denken“, das in Umbruchsituationen der letzten Jahrzehnte, zum Beispiel bei der europäischen Integration, aus der Sozialen Marktwirtschaft möglich war, ist wieder erforderlich.

Europäische Koordinierung

Das ist ein mühsamer Weg über die internationale Kooperation und bedarf großer Überzeugungskraft, um Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch weltweit zur Geltung zu bringen, vor allem wenn der Wettlauf der Kulturen und auch Religionen an Schärfe gewinnt. Deshalb sollte diese internationale Arbeit der Politiker nicht als Politiker-Reise-Tourismus abgetan werden, sondern nationale Anerkennung und Unterstützung finden.

Diese Herausforderung braucht eine europäische Koordinierung, denn gerade in der großen weiten Welt – wie bei G20 – ist eine Positionierung der EU notwendig und wirkungsvoll. Der Integrationsprozess der letzten Jahrzehnte hat hierfür eine gute Basis geschaffen. Wenn auch die nationalen Interessen nicht verschwunden sind, so hat sich diese Gemeinschaft nach außen wie nach innen doch bewährt. Vor allem die gemeinsame Währung im Euro-Raum ist ein Mittel der Disziplinierung, das zusammen mit dem Stabilitäts пакт gerade in der Finanzkrise – bei allen temporären Abweichungen – schlimmere Auswirkungen in den Mitgliedstaaten verhindert hat. Die ordnende Hand der Europäischen Union (EU) ist vor allem bei der Wettbewerbs- und Beihilfepolitik präsent und hat schon manchen nationa-

len Alleingang behindert. Andererseits greift die Brüsseler Bürokratie immer wieder in nationale Abläufe ein, denn rund die Hälfte der Verordnungen und Gesetze in unserem Land wird durch die EU veranlasst – und das sind oft Interventionen, die mit den Regeln der Sozialen Marktwirtschaft nicht in Einklang stehen wie zum Beispiel die Chemikalienrichtlinie oder anderes mehr.

All diese Aktivitäten in Europa und weltweit schränken den nationalen Aktionsraum ein, denn immer mehr Kompetenzen wandern nach außen ab. Der nationale Handlungsbereich wird enger, bleibt aber das primäre Aktionsfeld für die Soziale Marktwirtschaft. Auch die Umsetzung europäischer Regelungen lässt dazu Spielraum, der leider meist in Richtung Verschärfung beziehungsweise Intervention genutzt worden ist. Verbraucher- und Umweltschutz sind dafür bewährte Aktionsfelder. Auch die Sozial- und Familien- sowie die Gesundheitspolitik geben nationale Freiräume, die es für die Soziale Marktwirtschaft zu nutzen gilt.

Wirtschaftliche Vernunft mit sozialem Ausgleich verbinden

Gleichzeitig muss darauf eingewirkt werden, dass derjenige, der von der Globalisierung profitiert, auch ihre Herausforderung annehmen muss, also für Risiken einstehen muss, die sich aus ihr ergeben. Da kann nicht die Entschuldigung gelten *to big to fail* – das ist eine Frage der Wettbewerbspolitik. Monopole und Oligopole können nicht ungeniert zulasten der Gemeinschaft operieren. Hier zeigt sich, dass die Entwicklung der politischen Institutionen während der letzten zwanzig Jahre mit der wirtschaftlichen Dynamik nicht Schritt gehalten hat. Deshalb ist die Finanzkrise ein Ordnungsproblem *par excellence*. Es darf kein neoliberaler Marktradikalismus entstehen so wenig wie autoritärer Staatskapitalismus. Die Soziale Marktwirtschaft ist das richtige Modell,

weil keine andere Ordnung wirtschaftliche Vernunft mit sozialem Ausgleich verbindet.

Eine pragmatische Gesellschaft, wie sie die deutsche Gesellschaft nach Auffassung von Renate Köcher ist, hat in hohem Maße einen merkantilen Blick auf Politik und klopft die verschiedenen Optionen auf Nutzen und drohende materielle Verluste ab. Gerade deshalb darf die Wertediskussion nicht verdrängt werden, sondern muss auch eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Dabei muss der Blick auf „jenseits von Angebot und Nachfrage“ gerichtet werden, auf jene Ordnungspolitik, die – nach Wolfgang Ockenfels – noch ein Mindestmaß an moralischem Verantwortungsbewusstsein bei allen Marktteilnehmern voraussetzt.

Der Chef der größten britischen Bank hat kürzlich gesagt: „Globalisierung ist keine Ideologie, sie ist eine natürliche Entwicklung in der menschlichen Gesellschaft.“ Und diese Entwicklung muss von jedem an seinem Platz mitgestaltet werden.

Bedenkliche Reduzierung auf mathematische Formeln

Schließlich erfordert die Entwicklung der ökonomischen Wissenschaften an unseren Universitäten Aufmerksamkeit. Hier gibt es einen starken Trend, das wirtschaftliche Geschehen in rationale mathematische Formeln zu zwängen und damit als mechanischen Vorgang zu begreifen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik gewinnt

die mathematisch-theoretisch abstrakte Forschung und Lehre mehr und mehr die Oberhand, außerdem die Konzentrierung auf schmale Spezialgebiete. Traditionelle und historisch gewachsene Formen der Ordnungspolitik, der Institutionenökonomie und Verhaltensforschung werden fallen gelassen oder treten in den Hintergrund. Die Interdependenz der Bereiche verschwindet. Es gibt Ökonomen, die es ablehnen, Empfehlungen oder gar Werturteile auf Basis ihrer Modelle zu geben. Sie wollen – in ihrem Spielzimmer – wertfreie Theoretiker sein und bleiben. Da dieser Trend vor allem aus den Vereinigten Staaten kommt und sich in der Finanzkrise gezeigt hat, wie weit viele dieser Wissenschaftler und Rechner von der Realität entfernt sind – immerhin hat die renommierte Harvard University in der Krise ein Drittel ihres Vermögens verloren –, ist es umso unverständlicher, dass viele deutsche Fakultäten diesen Weg gehen. Gerade für die Orientierung der Sozialen Marktwirtschaft in der globalen Welt ist Politikberatung gefragt wie einst bei ihren Begründern.

Wenn aber das angloamerikanische Modell die Oberhand gewinnt, steht zu befürchten, dass aus der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in ausreichendem Umfang Konsequenzen durch ordnende Maßnahmen auf übernationaler Ebene gezogen werden. Damit würde es – was ohnehin einige Theoretiker voraussagen – weiterhin einen Zyklus von Krisen geben, der angeblich dem Wirtschaftsablauf über die Jahrhunderte immanent sei.

Im Kampf gegen Hunger

„Hunger ist das grausamste und konkreteste Zeichen von Armut“, sagte Benedikt am Montag auf dem UN-Welternährungsgipfel in Rom. „Es ist unmöglich, weiterhin den Überfluss und die Verschwendung zu akzeptieren, während das Hunger-Drama immer größere Ausmaße annimmt“, mahnte der Papst, der erstmals vor der Organisation für UN-Ernährung und Landwirtschaft (FAO) sprach. Er sicherte die Hilfe der katholischen Kirche in einem Kampf zu, der keine Verzögerung und Kompromisse erlaube.“

Meldung der Neuen Osnabrücker Zeitung am 18. November 2009.